

Inklusion

Sie lassen sich nicht aussortieren

Von Walter K. Schulz, 14.03.12, 07:06h

Die Inklusion, ein aktuelles Schlagwort, das in vieler Munde ist, bringt in der Praxis Situationen, die bisher nicht zum schulischen Alltag an den allgemeinen Schulen gehörten. Inklusion erfordert viele Veränderungen an den Schulen.



Inklusion ist besonders für den Schulbereich ein großes Thema der Zukunft: Behinderte und Nichtbehinderte in einer Schule. (Foto: dpa)

RHEIN-BERG Schneebälle fliegen auf dem Schulhof der „Penne“. Kaum sind die ersten Flocken gefallen, beginnt die Werferei. Der Schulleiter muss einschreiten. Ein Fall aus dem Schulalltag. Wenn alles „normal“ wäre. Doch ist es nicht: Plötzlich stürzt ein Junge ins Schulgebäude, wild gestikulierend. Der Junge leidet an einer Aufmerksamkeitsdefizit-Störung. Die Schneeballschlacht hat ihn psychisch völlig aus dem Gleichgewicht gebracht. Der Schulleiter nimmt den Jungen in den Arm. Will ihn beruhigen. Das dauert einige Zeit.

Die Inklusion, ein aktuelles Schlagwort, das in vieler Munde ist, bringt in der Praxis Situationen, die bisher nicht zum schulischen Alltag an den allgemeinen Schulen gehörten. Inklusion erfordert nicht nur Veränderungen an der baulichen Substanz, sondern auch in den Köpfen und in der Personalstruktur.

Die Eltern haben nun das Wahlrecht

Inklusion hat ihre Basis in einem Abkommen der Vereinten Nationen über die „Rechte der Menschen mit Behinderung“. Deutschland trat dem Abkommen bei, seit zwei Jahren ist Inklusion Bundesrecht. „Wir lassen unsere Kinder nicht aussortieren“, schrieben sich Eltern auf die Fahne, Eltern, die eine Integrationsbewegung in Gang gesetzt haben – für das gemeinsame Lernen von Schülern mit und ohne Behinderungen. Ein aktueller Beschluss des NRW-Landtags wird allerdings aktuell von der Vereinigung „Eine Schule für alle“ scharf kritisiert. Die Eltern betroffener Kinder seien nicht in den Planungsprozess einbezogen worden, lautet die harsche Kritik Richtung Düsseldorf.

Ungeachtet dessen nahm der Rheinisch-Bergische Kreis den Ball längst auf. Die Schule ist eines der Hauptfelder der Inklusionsbemühungen. Im Kreisschulamt ist man nicht bange vor der Aufgabe, wie die Schulräte Boris Preuss und Ursula Resch im Gespräch mit der BLZ betonten: „Inklusion ist kein Neuland für uns. Wir sind ganz gut aufgestellt. Man muss immer dem einzelnen Schüler gerecht werden, wir haben keine einzige negative Erfahrung gemacht bisher.“ Im Kreis gibt es 2000 Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf, davon werden rund 25 Prozent, also 500, im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts an Regelschulen beschult. Die Eltern haben jetzt ein Wahlrecht. Doch die Behörden vor Ort warten immer noch auf den „Rahmen“ aus der Landeshauptstadt Düsseldorf. Punktgenau können sich die Eltern die allgemeine Schule nicht aussuchen, sagt Schulrat Preuss. „Die Schülerströme lenken – das müssen wir. Man muss genau sehen: Was braucht das betreffende Kind.“

16 Grundschulen im Kreis (von 53) bieten schon heute gemeinsamen Unterricht an. Im Rahmen der Sekundarstufe I werden die Elternwünsche nach Aufnahme in die Regelschule größer. In Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung hat der Kreis ein Gremium ins Leben gerufen – die

Inklusionsrunde. „Wir versuchen zu ermöglichen, dass die Kinder – bisher liegen 62 Wünsche vor – einen Platz bekommen.“

Zu Schülerströmen in der Zukunft wagt das Kreisschulamt noch keine Prognose. Die beiden Schulräte setzen derweil auf eine Leitbilddiskussion zum Thema Inklusion im Kreis. Ursula Resch : „Das Ganze ist ein gesellschaftliches Thema.“ „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, sagt Boris Preuss zu der Frage, ob bauliche Aspekte zu Problemen geführt hätten. In Schildgen habe es einen Fall gegeben: „Da wurde ganz einfach der Klassenraum getauscht, um dem Schüler den Unterricht zu ermöglichen.“ In Einzelfällen starte man sogar probeweise einen Versuch. Wenn sich herausstelle, dass der Schüler an der Regelschule nicht zurechtkomme, werde er wieder zur Förderschule geschickt.

Rechtliche Vorgaben seien umzusetzen, sagt der für Bergisch Gladbach und Rösrath zuständige CDU-Landtagsabgeordnete Holger Müller. Einerseits seien bauliche Maßnahmen an den Schulen nötig, andererseits auch ein pädagogischer Umbau mit vielen sozialen Facetten. In Sachen Inklusion kann sich die CDU vorstellen, dass der Kreis zwei Haupt-Standorte benötige. Bergisch Gladbach sei quasi „gesetzt“, zweiter Standort könne Wermelskirchen werden.

Angesichts der Möglichkeit, dass vier bis sechs Schulen umgerüstet werden müssten, sei Gladbach ein finanzieller Ausgleich zu bieten. Das Thema Inklusion müsse kreisweit angepackt und gelöst werden. Machten viele Eltern für ihre Kinder von dem Wahlrecht Gebrauch, komme es zu einem Existenzproblem für manche Förderschule, merkte Holger Müller an. Andererseits sieht die CDU hier nicht schwarz. Die Bergisch Gladbacher Stadtverwaltung trifft eine Grundaussage: „Menschen sind nicht behindert, sie werden behindert. Behinderung entsteht durch Hindernisse und Barrieren . . .“

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1331653403893>

Alle Rechte vorbehalten. © 2012 Kölnische Rundschau



Beispiel

Inklusion in Bergisch Gladbach

Erstellt 14.03.12, 07:06h

Neben der schulischen, außerschulischen und beruflichen Bildung sind eine frühe Förderung, die Zugänglichkeit und Mobilität, die barrierefreie Kommunikation, Arbeit und Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, kulturelle Teilhabe in Sport, Freizeit, Erholung und öffentliche und politische Partizipation Themenfelder, die „inklusiv gestaltet“ werden müssen. Das steht in dem Papier „Grundaussagen zum Aktionsplan ‚Inklusion der Stadt Bergisch Gladbach‘.“

Die Stadt macht Hoffnungen, aber auch Einschränkungen: „Inklusion ist ein langfristiger Prozess. Inklusion ist eine Leitidee, an der sich die Entscheidungen orientieren werden, die die Gestaltung unserer Stadt prägen wird und der wir uns kontinuierlich annähern, selbst wenn wir sie in naher Zukunft nicht vollständig erfüllen können.“ GL hat eine Steuerungsgruppe „Aktionsplan Inklusion“ eingerichtet. Dabei sind 17 Mitglieder aus dem Behindertenbeirat, „Normalbürger“ mit Behinderungen, Behindertenhilfe, die Stadtratsfraktionen, Behindertenbeauftragter und die Gleichstellungsbeauftragte. (wks)

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?d=1331653403896>

Alle Rechte vorbehalten. © 2012 Kölnische Rundschau